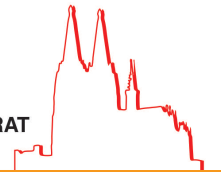




CDU REGIONALRAT
KÖLN



REGIONALRATS- REPORT

Ausgabe 70 / April 2019

Stabile Strompreise, Schaffung neuer Jobs und Klimaziele

Ambitionierter Plan der „Kohlekommission“

Am 6. Juni vergangenen Jahres hat die Bundesregierung die Einsetzung der sogenannten „Kohlekommission“ beschlossen. Seit Ende Januar liegt nun der Abschlussbericht vor. Erstmals wird darin ein Datum für einen Ausstieg aus der Kohle genannt: Bis spätestens 2038 sollen alle Kraftwerke vom Netz gehen. Zentraler Punkt des Abschlussberichts ist die schrittweise Reduzierung der Kohleverstromung. Der Ausstiegsplan soll mit Blick auf Versorgungssicherheit, Strompreise, Jobs und Klimaziele in den Jahren 2023, 2026 und 2029 nochmals überprüft werden. Im Jahr 2032 soll zudem kontrolliert werden, ob der Ausstieg unter Berücksichtigung von Strommarkt, Arbeitsmarkt und Wirtschaftslage auf das Jahr 2035 vorgezogen werden kann. „Ein insgesamt straffer Fahrplan mit hohen Zielen“, so der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion im Regionalrat Köln, Stefan Götz.

Einen besonderen Fokus legt die Kommission bei ihrem Bericht auf die Versorgungssicherheit, stabile Strompreise und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. So soll es für die Regionen, die besonders vom Strukturwandel betroffen sind, neben einem Maßnahmengesetz auch Verbesserungen in der Infrastruktur, ein Anpassungsgeld

Braunkohle für Beschäftigte über 58 Jahre und die Ansiedlung von Behörden und öffentlichen Einrichtungengeben. „Man muß jetzt ganz besonders die 93.000 Beschäftigten aus der stromintensiven Industrie in den Blick nehmen, um ihre Existenzen im Zuge des Kohle-Ausstiegs nicht zu gefährden“, sagt Götz. Auch wenn die Herausforderungen im Rheinischen Revier eine nach dem Wiederaufbau bisher einzigartige Dimension annehmen würden und zudem ein eng begrenztes Zeitfenster von nur wenigen Jahren zur Verfügung stehe, traue man sich zu, die bisher erworbenen Kompetenzen mit Erfolg in den Strukturwandelprozess einzubringen. „Hierzu ist es natürlich auch erforderlich, Institutionen wie Regionalräten und Bezirksregierungen die notwendigen, personellen und materiellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen“, so der Fraktionsvorsitzende. „Die Bezirksregierungen Köln und Düsseldorf, die Regionalräte Köln und Düsseldorf, sowie der Braunkohleausschuss sind bereit, ihren Beitrag zu einem erfolgreichen Strukturwandel in der Region zu leisten“, ergänzt der Vorsitzende des Regionalrates Köln, Rainer Deppe. Die Bundesregierung müsse jetzt unbedingt den vorgelegten Plan der Kohlekommission umsetzen.

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,



Sie werden es alle längst mitbekommen haben: Das letzte Kohlekraftwerk soll spätestens 2038 in Deutschland vom Netz gehen. Die Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung hat Ende Januar ihre Ergebnisse zum Kohle-Ausstieg vorgestellt. Nordrhein-Westfalen übernimmt mit seinem „Rheinischen Revier“ die Vorreiterrolle. Bereits bis 2022 müssen nach dem Papier der Kohlekommission 3,9 Gigawatt vom Netz gehen. Und jetzt? Es ist eine große Chance und Verpflichtung für die Region zugleich, den Wandel positiv zu gestalten! In einer gemeinsamen Sondersitzung haben auf Antrag der CDU, SPD und FDP die Regionalräte Köln und Düsseldorf, sowie der Braunkohleausschuss, deshalb einen gemeinsamen Resolutionsantrag zum Strukturwandel im Rheinischen Revier verabschiedet. Inhaltlich geht es in dem Papier darum, verlässliche, organisatorische Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Entwicklung in den vom Kohle-Ausstieg betroffenen Regionen zu ermöglichen. Die zugesagte, finanzielle Unterstützung muss vor Ort ankommen und die bereits konkreten Projekte für den Strukturwandel im Rheinischen Revier umgesetzt werden.

Ihr

Stefan Götz
(Fraktionsvorsitzender)

Frohe
Ostern



100 Millionen Euro für den Ausbau des Bahnknotens Köln

NVR, DB und Land NRW unterzeichnen Planungsvereinbarungen

Vor 450 Vertretern der kommunalen Gebietskörperschaften, aus Wirtschaft und Politik haben im Congress-Centrum Nord der Kölnmesse NRW-Verkehrsminister Hendrik Wüst, DB-Infrastrukturvorstand Ronald Pofalla, NVR-Verbandsvorsteher Stephan Santelmann sowie NVR-Geschäftsführer Dr. Norbert Reinkober während der 3. Kölner Bahnknoten-Konferenz am 11. Februar gleich zwei, für die Region wichtige Planungsvereinbarungen unterzeichnet. Mit der Unterschrift unter die erste Vereinbarung wird der Ausbau der S 11 und des Kölner Hbf (Leistungsphase 3 und 4 der Planungen) weiter vorangetrieben. Weiterhin ist es gelungen die Planungsvereinbarung für den Bau der Kölner Westspange und den Ausbau der Eifelstrecke (Leistungsphasen 1 und 2) in Rekordzeit zu planen und am 11. Februar ebenfalls zu unterzeichnen. Die Gesamtkosten für die Planungen der Projekte summieren sich auf rund 100 Millionen Euro, wovon ca. 67 Millionen Euro in den Bau der Westspange und 32 Millionen Euro in das S-11-Kernpaket einfließen. Finanziert werden die Maßnahmen durch das Land NRW und den NVR. „Das ist ein echter Meilenstein für uns im Rheinland. Der Bahnknoten Köln wird endlich modernisiert! Ich bin hocherfreut, dass wir dieses riesige Infrastrukturthema endlich anpacken“, so der Vorsitzende des Regionalrates Köln, Rainer Deppe. Der stark frequentierte Kölner Hauptbahnhof ist nicht nur ein

zentraler bundesweiter Knotenpunkt – er erweist sich auch als einer der größten Engpässe im nationalen und internationalen Bahnnetz.

Allein im Jahr 2016 stieg die Nachfrage im S-Bahn-Bereich um gut 7,6 Prozent. Ein Trend, der die Branche vor große Herausforderungen stellt. Aktuell müssen sich rund um Köln Nahverkehrs-, Hochgeschwin-



digkeits- und Güterzüge immer wieder die Gleise teilen. Um dem Wachstum der Fahrgastzahlen gerecht zu werden, ist ein Maßnahmenpaket von mehreren Einzelprojekten vorgesehen. Der Bau der Westspange, der zwei neue S-Bahngleise zwischen Köln Hansaring und Hürth-Kalscheuren vorsieht sowie die Errichtung eines zweiten Bahnsteigs am Bahnhof Hansaring, bietet die Chance, das S-Bahnnetz und die Kölner Verkehrs-Betriebe (KVB) besser zu verknüpfen und die Anbindung an die Eifelstrecke zu verbessern.

Weiterhin bildet sie auch die Basis für eine Führung von S-Bahnen über die Südbrücke sowie für den S-Bahn-Ausbau auf der Oberbergischen Bahn. Im S-Bahn-Ausbau soll im Zuge des sogenannten S-11-Kernpakets die Taktung der Linie S 11 in den Hauptverkehrszeiten zwischen Bergisch Gladbach und Köln-Worringen von bisher 20 auf 10 Minuten verdichtet werden. Hierfür soll die Strecke zwischen Köln-Dellbrück und Bergisch Gladbach ein zweites Gleis bekommen, der Kölner Hauptbahnhof und der Bahnhof Köln Messe/Deutz benötigen dafür einen zusätzlichen Bahnsteig für die S-Bahnen. „Die unterzeichneten Vereinbarungen aus verschiedenen Infrastrukturmaßnahmen sorgen dafür, dass der Bahnknoten Köln entlastet wird. Unsere Region steht nicht still. Wir unternehmen etwas gegen den drohenden Verkehrskollaps“, sagt der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion im Regionalrat Köln, Stefan Götz.



Unterzeichneten die Planungsvereinbarungen im Congress-Centrum Nord der Kölnmesse (v.l.n.r.): DB-Infrastrukturvorstand Ronald Pofalla, NVR-Geschäftsführer Dr. Norbert Reinkober, NVR-Verbandsvorsteher Stephan Santelmann und NRW-Verkehrsminister Hendrik Wüst. Fotos: Peter Dresbach

Konsens der Kohlekommission gibt es nur als Einheit

Rainer Deppe MdL, Vorsitzender des Regionalrates Köln:

Schwer errungen war der Konsens, den die Kommission für „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ nach monatelangen intensiven Beratungen und mancher Nachtsitzung erzielt hat. Das Ergebnis wird im Rheinland den größten Strukturwandel aller Zeiten auslösen. Anders als Strukturveränderungen der Vergangenheit wird dieser Strukturwandel ausschließlich durch politische Entscheidungen ausgelöst. Der Klimaschutz und die Einhaltung der Ziele des Pariser Abkommens machen die Umstellung auf CO₂-neutrale Energieträger erforderlich. Das wird auch im Revier akzeptiert. Allerdings wird der Kon-



sens nur dann Bestand haben, wenn alle Beteiligten zu dem gesamten Umfang stehen und alle Zusagen eingehalten werden. Da gibt es zeitliche, finanzielle, soziale, planerische Aspekte. Vor allem muss der Strukturwandel angepackt werden und auch gelingen. Wer immer auch versuchen sollte, einzelne Teile des sog. Kohlekompromisses in Frage zu stellen, stellt sofort den mühsam errungenen aber unverzichtbaren gesellschaftlichen Konsens in Frage.

Der Start lässt hoffen. Gerade mal 68 Tage nach dem Abschluss der Kommission haben Bundesregierung und die betroffenen Braunkohleregionen die erste Tranche des zugesagten Sofortprogramms vereinbart. Noch in diesem Jahr werden die ersten 90 Mio. EUR zur Verfügung gestellt. Die weiteren Tranchen müssen noch in dieser Bundestagswahlperiode folgen. Nur so wird im Revier glaubwürdig erkennbar, dass dieser Teil des Kohlekompromisses ernst gemeint ist.

In den nächsten Monaten müssen nach Ansicht des Regionalrates die weiteren Zusagen in Höhe von 40 Mrd. EUR Strukturanpassungsmittel, aufgeteilt in 20 gleiche Jahrestanchen für alle Braunkohleregionen, auf den Weg gebracht werden. Verlässliche Zusagen über einen so langen Zeitraum sollten in



Form eines Staatsvertrags oder eines Bundesgesetzes abgefasst und abgesichert werden, denn der Strukturwandel ist eine Generationenaufgabe.

Ein wichtiges Signal ist, dass der Regionalrat in dieser Frage einstimmig unterwegs ist. Wir machen uns den in der Kohlekommission erarbeiteten gesellschaftlichen Konsens in allen Teilen zu eigen: „Um die vereinbarten Klimaziele unter Berücksichtigung von Versorgungssicherheit, Preisstabilität und sozialem Frieden im Revier einzuhalten, darf dieser Konsens an keiner Stelle aufgeweicht werden“.

Des Weiteren hat der Regionalrat die Konkretisierung der Aufgaben des Strukturwandels besprochen.

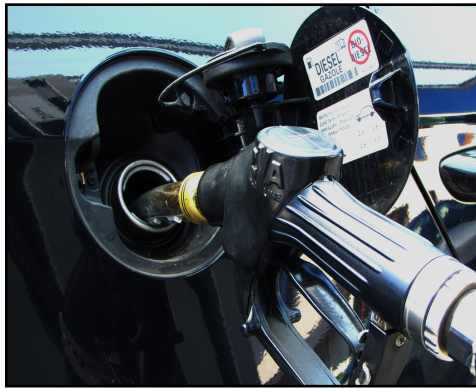
Demnach ist eine stärkere Beteiligung aller betroffenen Kommunen im Rheinischen Revier erforderlich. Zudem soll der Regionalrat die Arbeit der Strukturkommission in einem eigenständigen Ausschuss mit Vertretern begleiten. Die Bezirksregierung Köln und der Regionalrat wollen den Strukturwandel eng begleiten und fördern. Dazu soll ein Dezernat „Rheinisches Revier“ gebildet werden, welches neben der administrativen Abwicklung aller Förderprogramme auch eine inhaltliche Begleitung gewährleistet.

Fotos: Pixelio.de (Rike & Kurt F. Domnik)

Neuer Luftreinhalteplan für Köln

Bezirksregierung sieht keine Fahrverbote vor

In ihrem aktuellen, am 01. April 2019 in Kraft getretenen Luftreinhalteplan für die Stadt Köln sieht die Bezirksregierung keine Fahrverbote für Diesel-Fahrzeuge vor. Aus Sicht der Planungsbehörde sind diese unverhältnismäßig. Der jetzige Plan enthält viele nationale und kommunale Unternehmungen die bei der Prognose der Entwicklungen berücksichtigt wurden. Dazu gehören beispielsweise ein LKW-Transitverbot, die Bundesstraßenmaut, das Parkraummanagement, die Steuerung des Reisebusverkehrs, die



Förderung des Radverkehrs, die Landstromversorgung für Binnenschiffe, die Umstellung der Carsharing-Flotte auf Elektrofahrzeuge, die Umstellung der Fahrzeuge von Stadt und städtischen

Gesellschaften auf elektrischen Antrieb, die Erneuerung der örtlichen Busflotten und die Baumaßnahme an der Mülheimer Brücke. Darüber hinaus sind folgende weitere Maßnahmen für einzelne Messstellen vorgesehen: Die Einrichtung einer Expressbusspur auf der Aachener Straße sowie die Einrichtung einer Ampelanlage auf der Luxemburger Straße. „Dies sind gute Ansätze und positive Signale

für alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt Köln, aber auch für die vielen Pendler die sich täglich auf den Weg zur Arbeit in Richtung unserer Stadt begeben“, sagt Stefan Götz, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion im Regionalrat Köln. Fahrverbote seien immer ein hartes Mittel und nur dann verhältnismäßig, wenn nicht mit anderen Maßnahmen abzusehen sei, dass sehr bald die Grenzwerte eingehalten werden könnten. Beeinträchtigungen für den geregelten Verkehr, den Handel und die generelle Versorgung der Stadt seien laut Götz aber somit nicht zu erwarten.

Die Öffentlichkeit hatte sechs Wochen Zeit, sich an Maßnahmen für den Luftreinhalteplan zu beteiligen. Mit dabei waren Vorschläge zum Ausbau des ÖPNV, des Radverkehrs, die Umrüstung von Taxis und kommunalen Fahrzeugen bzw. die Weiterentwicklung des



P&R-Angebots. Neue Inhalte sind laut Bezirksregierung jedoch nicht mehr hinzugekommen. Die Stadt Köln prüft bereits jetzt beispielsweise verschiedene Möglichkeiten zum Ausbau des Busverkehrs.

Fotos: Pixelio.de (Timo Klostermeier, Rainer Sturm)

Termine

10. Mai 2019
Kommission für Regionalplanung und
Strukturfragen

17. Mai 2019
Braunkohleausschuss

14. Juni 2019
Verkehrskommission

05. Juli 2019
Regionalrat

IMPRESSUM

Vorsitzender:
Stefan Götz (verantwortlich)
Stadt Köln

1. Stellv. Vorsitzende:
Brigitte Donie
Rhein-Sieg-Kreis

2. Stellv. Vorsitzender:
Franz-Michael-Jansen
Kreis Heinsberg

Vorsitzender des Regionalrats:
Rainer Deppe MdL
Rheinisch-Bergischer Kreis

Beisitzer:
Paul Hebbel
Stadt Leverkusen
(Vorsitzender der
Verkehrskommission)

Fraktionsgeschäftsstelle:
Benjamin Schmidt
Fraktionsgeschäftsführer
Zeughausstraße 2-10
50667 Köln

Tel: 02 21 / 139 54 46
Fax: 02 21 / 139 54 51

E-Mail:
info@cdu-regionalrat-koeln.de
Internet:
www.cdu-regionalrat-koeln.de